

Sozialtarife für Strom und Gas sind nicht sozial

Von Gerd Held

Als im vergangenen Sommer die Energiepreise stark anstiegen, machte die Forderung nach „Sozialtarifen“ für Menschen mit geringen Einkommen die Runde. Gegenwärtig ist zwar ein Preisrückgang zu verzeichnen, aber Verteuerung ist doch der grundlegende Trend. Die Versorgungsunternehmen werden sich zur Sozialtarif-Forderung positionieren müssen. Zunächst scheint ein „taktisches“ Verhalten nahe zu liegen: „Ein bisschen Sozialtarif“ könnte die politische Brisanz mildern, die direkten Kosten wären überschaubar. Notfalls, so wird argumentiert, ließe sich eine solche „weiche“ Position auch wieder korrigieren. Allerdings wissen wir inzwischen, dass bestimmte Erwartungen der öffentlichen Meinung zu ausgesprochen „harten“ Faktoren werden können. Gerade im Bereich der Energieversorgung mit ihren langfristigen, strategischen Investitionen ist ein nur taktisches Verhalten unangemessen. Es muss ordnungspolitisch gedacht und gehandelt werden.

Was bedeuten Sozialtarife bei Strom und Gas? Eine Abweichung von der Kostentwahrheit des Marktes. Eine Kilowattstunde ist nicht mehr eine Kilowattstunde. Der zu ihrer Herstellung notwendige Einsatz von Kapital und Arbeit gibt nur noch eingeschränkt den Ausschlag. Das gilt auch auf Seiten der Verbraucher. Die Einkommensschwäche bestimmter Verbraucher fällt nicht vom Himmel, sondern geht auf eine schwächere Erwerbsbiographie zurück. Mit Recht können diejenigen, die viel arbeiten oder viel gearbeitet haben, es als ihren gerechten Lohn empfinden, dass sie mit gestiegenen Preisen für eine warme Wohnung besser klarkommen als andere. Auch wenn die Losung „Wer nicht arbeitet, soll auch nicht essen“ in unseren Ohren

zu schroff klingt, so enthält sie doch eine sehr soziale Botschaft: eine große Gesellschaft kann nur zusammenhalten, wenn sie Leistung honoriert. Mit den „Sozialtarifen“ wird das Arbeitsleben ausgeblendet. Es zählt nur die reine Bedürftigkeit, unabhängig davon, wie sie zustande kam. Das Soziale wird leistungsfern definiert. Sozialtarife bedeuten ordnungspolitisch ein Stück „Abschied von der Arbeit“.

Gewiss, Strom und Gas sind Elementargüter. Es geht um die warme Mahlzeit und Wohnung, also im Grunde um das tägliche Brot. Hier setzt eine höchst wirksame Propaganda an: Wer gegen Sozialtarife ist, ist dafür, dass die Armen frieren. Damit lässt sich in der Öffentlichkeit viel Druck aufbauen. Und doch handelt es sich um eine üble Nachrede. Denn wer gegen Sozialtarife ist, ist nicht gegen jede Hilfe für einkommensschwache Bevölkerungskreise. Er nimmt nur die Tatsache ernst, dass wir schon ein transparentes und akzeptiertes System der Umverteilung und des sozialen Ausgleichs haben - den steuerfinanzierten Sozialstaat. Diejenigen, die jetzt von Sozialtarifen der EVUs profitieren sollen, erhalten also bereits eine staatliche Unterstützung. Die Bemessung dieser Unterstützung geschieht so, dass bereits alle wesentlichen Härten berücksichtigt werden. Wenn es also um das Hungern und Frieren geht, ist schon eine ganze Runde der Umverteilung erörtert, festgelegt und umgesetzt. Dazu gehört auch die Tatsache, dass „die Reichen“ in einem sehr hohen Maß zum Steueraufkommen beitragen. Die oberen 20% der Einkommenspyramide zahlen über 60% der Steuern, allein die oberen 5% zahlen 50%. Die Forderung nach „Sozialtarifen“ eröffnet nur eine zusätzliche Umverteilungsrunde. Sie läuft auf eine

Doppelung des bestehenden Systems sozialer Sicherheit hinaus. Damit wird das Primärsystem entwertet. Auch gibt es keine sozialwissenschaftlichen Belege dafür, dass Sozialtarife die soziale Bindung der Empfänger wirklich stärken.

Noch ein Effekt muss gesehen werden. Da Sozialtarife die Kostenwahrheit der Marktpreise verfälschen, leidet auf die Dauer die rationale Betriebsführung. Die Sozialkosmetik der Preisgestaltung wandert durchs ganze Haus und beeinflusst die Bereitschaft zu Investition und Innovation. Warum soll sich ein EVU noch anstrengen, wenn zusätzliche Effizienzgewinne nur neue Begehrlichkeiten von außen wecken? Eventuell gibt es auch einen allmählichen Wandel in der Führungsmentalität der großen Versorgungsunternehmen, bei dem die Fachleute verlieren und die Sozialspezialisten gewinnen. Auf Seiten der Politik

wächst die Unübersichtlichkeit, denn es gibt immer mehr Umverteilungskanäle. Die gewählten Volksvertreter können die Gesamtgröße der Sozialtransfers gar nicht mehr benennen. Zu erinnern ist auch an die verheerende Wirkung der Preissubventionierungen bei Energie und Mieten in der ehemaligen DDR. Da die Anreize für Investitionen zerstört wurden, verkamen grundlegende Infrastrukturen und die Bausubstanz.

Fazit: Die Sozialtarife bei Strom und Gas sind ein kleines Element, aber sie haben auf Dauer erhebliche Konsequenzen. Sie schwächen den bürgerschaftlichen Grundwert der Arbeit und die bestehenden Solidarformen des Sozialstaats. Es gibt gute Gründe, diesen Irrweg nicht einzuschlagen. Die Energieversorgungsunternehmen sollten ordnungspolitisch denken und Kurs halten.

(Manuskript vom 19.11.2008, erschienen in der Zeitschrift „Connect“ 2/08)